

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis für Post und Stadt frei liegend. Ortsbezug wöchentlich, Postbezug monatlich. Nachfordern vorbehalten. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 3 000 000 M., Sonnabends 5 000 000 M. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 18 654. Geschäftsstelle: Hülterstraße 4; Zweigstelle: Götthardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird f. Sendung geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balz)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 233.

Donnerstag, den 4. Oktober 1923.

163. Jahrgang.

### Rücktritt des Kabinetts Stresemann.

Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch in mehreren Sitzungen mit der Lage beschäftigt. Durch die Ablehnung der sozialdemokratischen Partei, die soziale Gesetzgebung in den Ermäßigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstag einzubringen, war eine unüberbrückbare Kluft in der Ausstattung der Koalitionsparteien entstanden. In anbetragt dieser Lage beschloß das Kabinett, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission anzubieten zu lassen. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichskanzler Stresemann mit der Reorganisation des Kabinetts betraut.

#### Verminderung der Ministerposten?

Berlin, 4. Oktober. In parlamentarischen Kreisen hört man B. F. W. zufolge, daß das zurückgetretene Kabinett Stresemann in der Absicht, die Schaffung einer neuen Währung durch eine wirksame Produktionspolitik zu unterstützen, im Rahmen außerordentlicher Vollmachten auf wirtschaftlichen, finanziellen und sozialpolitischen Gebiet auf drei Wegen vorgehen wolle. Einmal sollten starke Beschränkungen geschaffen werden. Sodann sollte die Preisbildung in anderen Bahnen gelangen und der Monopolkontrakt und den Preisbestimmungen der Kartelle entgegengetreten werden. Schließlich sollte die Preisbildung einfach in der Währung durch Erhöhung der Arbeitszeit gelöst, aber auch auf anderen Gebieten eine Erhöhung der Arbeitszeit eingeführt werden. Sächlich war in diesem Punkte innerhalb des Kabinetts eine weitgehende Übereinstimmung vorhanden, die jedoch bei den Fraktionen sich nicht erzielen ließ. Die Verhandlungen, die die Einigung hatten bringen sollen, drehten sich hauptsächlich nur um die Frage, ob der Ermäßigungsantrag der Reichsregierung auch für die soziale Gesetzgebung gelten soll. Diese Frage ist von der sozialdemokratischen Fraktion mit 61 gegen 33 Stimmen, also mit einer geringen Zufallsmehrheit (?) abgelehnt worden. Um eine Währungsreform der Krise zu vermeiden, hat dann die Regierung beschlossen, ihre Demission anzubieten. Bei der Reorganisation des Kabinetts, die Dr. Stresemann auf Erträgen des Reichspräsidenten übernommen hat, soll, wie man hört, aus Gründen der Sparmaßnahme die Zahl der Ministerposten und der unter zu belegenden Ministerposten in Frage kommen. In diesem Falle gilt es für nicht ausgeschlossen, daß die Reorganisation des Kabinetts rascher vor sich gehen kann.

#### Das unstrittene Ermäßigungsgezet.

Die „Germania“ will wissen, das Reichskabinett habe sich in der Frage der Arbeitszeit auf folgende Formel geeinigt, um deren Zustandekommen sich besonders der Minister Brauns bemüht habe: Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Ringen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwingt uns, vorläufig in der Produktion die Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu ergänzen, das gesundheitslich fraglos ist. Insbesondere ist der Vergütung unter Zug auf acht Stunden einschließlich Eins- und Ausfahrt festzusetzen; sodann muß in den übrigen lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit der Übererfüllung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben werden. Auf die öffentliche Verwaltung sollen diese Grundbesätze sinngemäß angewandt werden. Für gewerbliche und gesundheitsbedingte Betriebe ist der Arbeitsstundenbesitz zu beibehalten. Demnach wäre die Frage „gelöst“. Aber die Lösung ist eine recht jammervolle und unzulängliche. Man hat wieder einmal ein Kompromiß geschmeißelt und ein Kompromiß über den „elastischen“ Acht-Stundenzeit ist von Anfang an faul. Es führt nur zu neuen Konflikten und bedeutet jedenfalls nicht die notwendige Entscheidung, die wir unbedingt brauchen.

#### Das französische Echo der deutschen Krise.

Das Rumoren, das die deutsche Regierungskrise verursacht hat, findet im französischen Blätterwald zahlreichen Widerhall. „Leuvre“ schreibt, die Bemerkung liegt ebenso an den Parteien, wie an den Staaten. Deutschland ist heute zum Chaos zurück. Könnte doch Frankreich seine Vorteile aus dieser Unordnung ziehen! Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Bertin in „Echo de Paris“, wo es ausführt: Die Regierungsmächte mögen sich durch eine bewußt große politische Bemerkung nicht beirren lassen. Mehr als je läßt ihnen die Frage anheim, die Pläne der zu organisieren, die sie auf Grund der Kaufleute des Friedensvertrages von Versailles in der Hand

**Weg mit der Kompromißpolitik!**  
Berlin, 4. Oktober. Die Blätter der Rechten veröffentlichen einen Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei, der fordert, daß mit der Kompromißpolitik Schluss gemacht und die Sozialdemokraten aus der Regierung entfernt werden.

#### Die Haltung der deutschen Volkspartei.

Die Krise scheint ihre letzten Stadien erreicht zu haben. Es ist wohl sicher, daß der Teil der Deutschen Volkspartei, der sich hinter Dr. Schulz stellte, eine beträchtliche Anzahl bekannter und führender Persönlichkeiten der Fraktion umfaßt. — Man glaubte den Augenblick für gekommen, um der Sozialdemokratie, deren System, besonders vertreten durch Brüdering, eine schwere Wankung des Kabinetts Stresemann darstellte, selbst auf die Gefahr eines Bruches hin vorzustoßen zu müssen, daß es so nicht weitergehen könne. In sehr lebhaften Fraktionssitzungen, wo auch auf die Mißerfolge der bisherigen Politik des Kabinetts hingewiesen wurde, hob man hervor, daß sich die äußere und innere politische Lage der Partei in gleicher Weise verschärft hätten. Außenpolitisch müßte etwas geschehen, um nach Aufgabe des passiven Widerstandes im Nachbarreich wenigstens bezüglich aller anderen wichtigen deutschen Lebensfragen eine feste Haltung gegenüber Frankreich durchzusetzen. Aus diesem Grunde wollten manche Deputierten mit in die Regierung einsteigen, um eine große, nationale Front zu bilden. Man hielt es für durchaus notwendig, mit dem Bundesrat jenseits Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen ein Ende zu machen. Innenpolitisch hatte sich, wie schon erwähnt, das Programm allerdings als unumsetzbar erwiesen. In der Sitzung der Deutschen Volkspartei am Mittwoch, an der sich auch der Kanzler beteiligte, nahm man die Gelegenheit wahr, — was sehr angebracht erschien — im Rahmen einiger Einzelheiten zu erklären, daß die Fraktion geschlossen hinter den Kanzler stehe. Damit war ein Teil der Wahlen bereit, die sich in der letzten Zeit drohend über der Fraktion zusammengesogen hatten. Die Fraktion selbst sahte zur politischen Lage dann nachstehende Einschätzung: 1. In der Frage der Arbeitszeit billigt die Fraktion die Ermäßigung des Arbeitstages in der gewählten Form. 2. Sie ist bereit, dem Ermäßigungsgezet zuzustimmen, hält aber aus sachlichen Erwägungen eine andere Befestigung des Arbeitszeitminimums für unerlässlich.

#### Ein janzhar Vorstoß des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ ergeht sich bei seiner Beurteilung der Lage in scharfen Vorwürfen. Es muß einmal offen ausgesprochen werden: Der Reichstag war nicht einmal so unmöglich! Wenigstens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung und seinem bisherigen Verhalten in kritischen Situationen. Die plötzlich heraufbelebte Regierungskrise, die jetzt in den Vordergrund tritt, in den Fraktionsmühen und den Spalten der Blätter die Gemüter erregt, interessiert in einem Augenblick, da die Welt von Deutschland einen klaren Plan über seine Anstrengungen zur politischen und wirtschaftlichen Gesundung erwartet, unternehm eine der Regierungsparteien einen Vorstoß gegen die Regierungskrise. Wenn die gegenwärtige Regierung kündigt, so ist für uns noch eine verfassungsmäßige Reorganisation einer Regierung möglich. Man spricht heute im Reichstag bereits allgemein von einer Auflösung des Reichstages, ohne zu bedenken, daß die Ereignisse in Deutschland eine Reorganisation des Reichstages vorsehen soll und wann die Reorganisation stattfinden könnte. Offiziell ist es noch nicht man schon mit einer außerparlamentarischen Diktatur, die unter deutschnationalem Einfluß nach baltischem Muster steht. (1)

haben, und sich nicht durch andere Betrachtungen von dieser Aufgabe abwenden zu lassen. Selbst der rheinische Separatismus möge sie nicht von ihrem Wege abbringen! Wenn die Separatistenbewegung tatsächlich mehr als vorübergehende Kraft besitzt, so wird sie sich nur umso stärker Bahn brechen, wenn die Mächte die Aufgabe glücklich zu Ende geführt haben, die ihnen zuzuführt. Im „Welt Journal“ führt Marcel Ray aus, man müsse zugeben, daß die Ereignisse in Deutschland eine Reorganisation des Reichstages vorsehen. Der sozialistische „Populaire“ betitelt seinen Artikel über die Berliner Vorgänge: „Die Folgen des passiven Widerstandes von Poincaré.“ Der Artikel

Anzeigenpreis: Der Gesp. Mittw. Sagraum 20 M. und der Schließelzahl 50 000. Die laufende Bezugsanfrage wird dem Bezieher auf 11. Anzeigen bei deren Aufgabe mit 500 000 M. in Zahlung genommen. Bittgerge 3 000 000 M. Porto beifügen. Alle Preise frei liegend. Anzeigenverkauf vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderart. — Fernsprecher Nr. 100.

### Die roten Gewerkschaftler unter sich.

Aus Altona wird uns geschrieben: Die Hamburger Ortsvereine der sozialistischen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenvereine hatten für den vergangenen Sonnabend eine einmündige Arbeiterversammlung, mit der u. a. gegen die „Verleumdung der Arbeiter“ und gegen das „Auftrabenteuer“ demonstriert werden sollte. Der Einbruch dieser Demonstration war nicht gerade überaus glückselig. Zwar standen die Wagen der Straßenbahn eine Stunde still, zwar haben die Arbeiter einiger Großbetriebe — ob freiwillig oder unter Druck, bleibe dahingestellt — die Arbeit eine Stunde ruhen lassen, aber weder an der äußeren- und innenpolitischen Lage unseiner lieben Vaterlandes hat sich durch diese „machtwortliche Demonstration“ etwas geändert, noch sind die betrieblischen Auswirkungen unserer Wirtschaft durch sie auch nur irgendwie gebessert worden. Man fragt sich vergeblich nach dem Zweck solcher sinnlosen Demonstrationen gerade in dem jetzigen Augenblick, wo die Reichsregierung einmündlich ihrer sozialistischen Minister für um eine Klärung der Lage bemüht ist und die Hamburger Demonstration alles andere als ererzt sein dürfte. Tatsächlich sind die Hamburger Vorgänge auch nur ein Beweis für die Zerfahrenheit im sozialistischen Gewerkschaftslager, denn diese Demonstration steht im vollkommenen Widerspruch zu der häufig genug mitgeteilten Auffassung der Selbstorganisation der sozialistischen Gewerkschaften und, ferner, des „Auftrabenters“ in Betracht kommt, in wünschenswertem festerem Gegenlag in der Ausstattung der Gewerkschaften aller Richtungen im Nachbarreich. Die Demonstrationen, von deren Zwecklosigkeit auch ihre Veranstalter überzeugt sein müßten, sind in Wirklichkeit nichts weiter als ein Versuch, den starken kommunistischen Einfluss in den roten Gewerkschaften zu verringern. Denn es ist kein Geheimnis mehr, daß fast in jeder „freien“ Gewerkschaft ein lebhafter Kampf um die Führung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten tobt, der naturgemäß die Schlagkraft der roten gewerkschaftlichen Bewegung stark lähmen muß. Keine „freie“ Gewerkschaft, so heißt kürzlich „Der Deutsche“, das Organ des (christlich-nationalen) Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat heute zur Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben den Rücken frei. Überall spielen sich Kämpfe ab in den eigenen Reihen, die die Aktionsfähigkeit lähmen und bei vernünftigen und anständigen Menschen einen Ekel aufkommen lassen vor der hier herrschenden „Brüderlichkeit“. Wie es im einzelnen steht, zeigen die Meldungen nur eines Tages im „Vorwärts“ und in der „Roten Fahne“. Die Generalversammlung der Selbstausangestellten kam nicht zur Erledigung der Tagesordnung, weil die Ortsverwaltung ihren Austritt kündigte, wenn ihr nicht Mittel in die Hand gegeben würden, um den Durschbruch im „Vorwärts“ zu verhindern. Nach der „Roten Fahne“ handelt es sich hier um ein „Schleierverhältnis der Reformisten“, die sich tief gemäß haben sollen.

Im Buchbinder-Verband ist ebenfalls ein heftiger Streit um die Leitung entbrannt. Die Kommunisten wollen die „reformistische“ Leitung beseitigen und haben Neuwahl der Ortsverwaltung beantragt. Die Zeitung erklart jedoch, eine Neuwahl sei sagnungswidrig. Die Kommunisten haben nunmehr eine besondere Verammlung abberaumt, in der „die Lage geklärt werden“ soll.

Die Verträge, Wohnverhandlungen zu führen, werden im Baugewerbe fortgesetzt. In der „Roten Fahne“ findet sich in der Nummer vom 20. September in Fettdruck folgender Hinweis:

„Bauarbeiter, in Euren Händen liegt Euer Schicksal! Unterfahrt die Führer bei Wohnverhandlungen, die heute vormittags, 10 Uhr, in der Rottener Str. 38, stattfinden.“ Das besagt nichts anderes, als daß sich die kommunistischen Bauarbeiter zu Zusammenkünften und gegebenenfalls zur Vergrößerung der reformistischen Führer (in kommunistischer Sprache heißt solches „Unterfahrt“) einfinden sollen.

Die „freien“ Gewerkschaften ernnen jetzt nur, was sie selbst täten. Die Erziehung der Anhänger zum Klassenhaß und Klassenkampf müßte naturgemäß zum Kampfe innerhalb der Gewerkschaften selbst führen, als diese in Wirtschaft und Staat zu mitverantwortlichen Trägern wurden. Weil ihre Anhänger die Köpfe mit Wölfen bedeckten, tragen die „freien Gewerkschaften“ selbst die Schuld, wenn sie so viele verhasste Mitglieder haben, die sich in der Welt nicht mehr ausfinden.

Wie groß die Zerfahrenheit im sozialistischen Lager ist, beweist übrigens niemand besser als das mehrteilige sozialistische „Hamburger Echo“, das mit großen Worten bombastisch die eingangs erwähnte Demonstration ankündigt, am nächsten Tage aber mit geordneten Worten, immerhin merkwürdig genug

für den aufmerksamen Beobachter, von ihr abträde. Darum bezaubern wir, schreibt nach der Demonstration dieses sozial-demokratischen Blatts, daß die Gite, mit der der Aufbruch verfaßt werden mußte, seine letzte sprachliche Durchreifung nicht gelistet hat (!) und daß der Wortlaut zu Mißverständnissen Anlaß gibt, die in diesem Augenblick unerwünscht sind. So muß gerade eine Proklamation, die zu einer außerparlamentarischen Aktion aufruft, in der Kritik parlamentarischer Aktionen vorläufig sein. So notwendig in erster Stunde außerparlamentarische Aktionen sind, so wenig dürfen sie verwirren lassen, daß das Wahl und Regie der deutschen Republik mit der parlamentarischen Demokratie steht und fällt. Es ist deshalb mißverständlich, wenn es heißt, die Gewerkschaften hätten sich auf die Befehle der Parlamente nicht mehr verlassen. Wörtlich genommen würde das eine Abgabe an den Parlamentarismus bedeuten, den gegen Unfälle von links und rechts zu verteidigen die Gewerkschaften in Deutschland doch als ihre vornehmste Pflicht in den ersten Stunden der deutschen Republik (2) betrachtet haben und betrachten werden. Ebenso mißverständlich ist die Bezeichnung des Ruhrkampfes als „Aufrührer“ usw.

Dieser tiefen Selbstkritik braucht nichts hinzugefügt zu werden.

bezeichnet die gegenwärtigen Wirren in Deutschland als Folge der Saltung Bolcares und schließt mit den Worten: „Wir beklagen den passiven Widerstand der französischen Regierung, der sich unter Auffassung dem guten Glauben wie den Interessen Frankreichs übertrifft.“

### Entwaffnung der Schupo im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 3. Oktober. Wie verlautet, haben die Besatzungsbehörden Entwaffnung und Auflösung der gesamten Schupo in Düsseldorf sowie der des ganzen Ruhrgebietes beschlossen.

### Düsseldorfer Protest bei Degoutte.

Düsseldorf, 3. Oktober. Die freien, christlichen und kirchlichen Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen und der Deutsche Bauernbund, die hauptsächlich den Aufruf an die Einwohnerschaft Düsseldorfs gerichtet hatten, am Demonstrationstag der Sonderländer jeden Verkehr in der Stadt ruhen zu lassen, haben am General Degoutte ein Schreiben gerichtet, in dem sie u. a. erklären: „Alles, was menschenwürdig war, zu tun, ist unter größter Selbstverleugung geschehen. Wir erwarten, daß die demokratischen Kräfte durch Abwesenheit. Sie hätten also den Separatisten die Straße allein überlassen. Ruhe und Ordnung in der Stadt hätten also gewährleistet werden müssen. Es kam jedoch anders. Es wurde von uns einmündig festgestellt, daß etwa 1000 von den in Düsseldorf aus dem Rheinland zusammengekommenen Separatisten bewaffnet waren.“

Der Protest schließt: „Wir legen im Namen der in Spitzenverbänden vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Vorkommnisse am Sonntag, dem 30. September, und gegen die von den Organen der Besatzungsmacht getroffenen Anordnungen Protest ein. Wir erwarten, daß in Zukunft von Seiten der Organe der Besatzungsmacht dafür Sorge getragen wird, daß sich bewaffnete Zivilpersonen nicht mehr auf den Straßen der Stadt in hemmungsloser Weise umhertreiben können. Ferner erbiten wir in den Maßnahmen der Besatzungsmacht wegen der Verhaftung der Beamten eine außerordentliche Gefährdung und erwarten von Ihnen, Herr General, daß Sie diese Maßnahmen rückgängig machen.“

Der französische Druck auf die Presse.  
Düsseldorf, 4. Oktober. Der kommandierende General des Besatzungsgebietes Düsseldorf hat die folgende Presseverordnung erlassen, die französische Darstellung der Düsseldorfer Vorgänge am letzten Sonntag zu veröffentlichen.

Weitere Unterdrückung der Ruhrbevölkerung.  
Gutunterrichtete Ruhrerfreie weisen anlässlich der völlig unentfesselten Lage im Ruhrgebiet darauf hin, daß die deutsche Seite der Wiederherstellung wirtschaftlicher Ruhe und Arbeit in dem mehr entgangenen. Seitens der Besatzungsmacht ist aber noch nichts geschehen, um die Wiederkehr einigermaßen geordneter Zustände zu erleichtern. Mit Ausweisungen, Verhaftungen und Verurteilungen wird nichtschlüssig fortgefahren. Das System der Unterdrückung der Bevölkerung wird zusehends verstärkt angewendet. Anlässlich der Sitzung außerordentlich der Besatzungsmacht sowie der Erhebung von Franzosenführern auf den Regiebahnen herrscht allgemein die Auffassung, daß von französischer Seite die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen ganz nicht beabsichtigt wird, obwohl die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs die wichtigste Voraussetzung für die allgemeine Arbeitsaufnahme ist, die aber auch bei Wirtung der großen Gewerkschaften nicht möglich ist. Es zeigt sich aber unverkennbar, daß die Franzosen mit den Gewerkschaften überhaupt nicht verhandeln wollen. Bei dieser Sachlage muß festgestellt werden, daß bisher die Wiederherstellung des Wirtschaftsebens im Ruhrgebiet an den französischen Maßnahmen scheitert ist.

Keine Unterwerfung der Eisenbahner  
Aus dem Ruhrgebiet, 3. Oktober. Die Gewerkschaften der Eisenbahner und die Beamtenverbände der Besatzungsbehörden in Essen beschließen, die Unterwerfung der Eisenbahner nicht anzunehmen, wenn nicht die Franzosen auf die Bedingungen bezüglich der Ablegung des Diensteides für die Regie und auf Abgabe einer Pflichtenklärung verzichten und wenn nicht sämtliche Ausgewiesenen zurückgeführt werden. Dieser Beschluß ist den Franzosen von der Eisenbahndirektion in Hamm telegraphisch mitgeteilt worden. Infolge dieser Situation finden zur Zeit keine Verhandlungen mehr statt.

Auf einer Beamtenkonferenz in Elberfeld wird beschlossen, daß die deutschen Beamten nur den deutschen Behörden Folge leisten.  
Neue Ausweisungen.  
Zwickau, 3. Oktober. Hier wurden heute wiederum 52 Eisenbahner ausgewiesen.

Die Gewerkschaften bei Degouttes.  
Münster, 4. Oktober. Im Düsseldorf sind Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Abstanten des Generals Degoutte empfangen worden. Die Rede Degouttes über die Arbeit wurden französischerseits folgende Bedingungen gestellt: 1. Abschaffung des Betriebsvertrages, 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Arbeitsruhe, 3. Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls Ausweisung erfolgt, 4. Für die Eisenbahnen gelten die bereits bekanntgegebenen Bedingungen, 5. Unterdrückung jeder Ausschauung und Waffengattung, 6. Verhütung des Polizeispiels.  
Auszahlung der deutschen Polizei.  
Münster, 4. Oktober. In einer Unterredung eines Beamten der Söder Polizeierhaltung mit der Besatzungsbehörde erklärte dieser, daß die Zulassung staatlicher Polizei bei Unruhen nicht aufgeben werde, sondern daß im Bedarfsfalle französische Militär zur Unterdrückung von Demonstrationen und Unruhen hinzugezogen werden würde.

Selbstraub!  
Berlin, 4. Oktober. Die deutsche Militärpolizei nahm auf der Reichsstraße in Berlin einen Mann in der Hand, der einen hellen Zylinder und Stiefzeug ungefähr 114 Millionen Mark fort.

Frankreichs Schandurteile.  
Wien, 4. Oktober. Das Kriegsgericht Landau verurteilt wegen Beteiligung an Zahlungen zur angeblichen Stärkung des waffenlosen Widerstandes fünf Eisenbahner zu je fünf Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark, zwei in je drei Monaten Gefängnis und je fünf Millionen Mark Geldstrafe.  
Düsseldorf, 4. Oktober. Der Polizeibeamte der Stadt Düsseldorf, Weigerndener Dr. Haas, ferner Polizeioberinspektor Höfner, Kriminalinspektor Wollenberg, Kommandeur der Schupo, Major Engel und Leutnant Vogt sind gestern vorzeitig zum französischen Kriegsgericht in der Bismarckstraße wegen der Verhaftung am letzten Sonntag vernommen worden. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen Frankreichs Ruhepolitik im englischen Licht.

London, 4. Oktober. Weiter zufolge, erklärte Lord Acton in einer Rede in Manchester, die Republik Frankreichs stelle ein unüberwindliches Verhängnis für eine Nation wie die französische dar, denn sie ist in der Lage, Reparationszahlungen zu empfangen, die sie nicht für, einen Mann zu erwärmen, der an Händen und Füßen gebunden ist. Die Geschichte des deutschen Widerstandes werde als ein Beispiel für Ausdauer und Festigkeit vorzuführen.

Hilfer äußert sich zur Lage.  
Paris, 3. Oktober. Der Minister der Reichsangelegenheiten der Dritten Republik, Hilfer, erklärte, er habe sich nicht um Republik oder Monarchie, sondern um Befreiung Deutschlands von den Männern der Deutschland betrügen. Der passive Widerstand hätte niemals aufgegeben werden dürfen. Die deutsche Regierung sei zu tabeln, weil sie sich Frankreich unterwerfe. Bevor ein Abwehrkampf begonnen sei, sei nicht für, einen Mann zu erwärmen, der an Händen und Füßen gebunden ist, wäre es besser, daß all das zerstört würde. Bolcaire solle nur den tödlichen Triumph haben, den Napoleon hatte, als er Moskau in Flammen sah.

Verhaftungen in Döberitz.  
Berlin, 3. Okt. Kurz nach Bekanntwerden des Rufsches, den der Radesführer Major Buchardt in Ruffin inhaftiert hatte, wurde sofort auch die nächste Umgebung des Rufsches durch Verhaftung und Schupo übermüht, um alle Anhaltungen nach der Reichshauptstadt zu verhindern. Hierbei wurden etwa 200 Mann festgenommen, die sich in dem Döberitzer Gelände sammelten.

Verbot der gesamten kommunistischen Presse in Sachsen.  
Wie der „Ruf“ aus Dresden meldet, hat das Wehrfreikommando die gesamte sächsische kommunistische Presse, wegen eines Auftrages der AFDZentrale, der Verleumdungen der Minister Solzmann und Hilferding enthalten soll, verboten. Das Verbot ist nicht befriedigt.

Die sozialdemokratische International.  
Berlin, 4. Okt. Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Internationalen, darunter verschiedene Engländer und der frühere schwedische Ministerpräsident Swanking hatten gestern nachmittag in der Reichshauptstadt Besprechungen mit den sozialdemokratischen Führern. (III)

Verderbliche Personalpolitik des Reiches.  
Im letzten Friedensjahre betrug die Zahl der Reichs- und Landesbeamten rund 750 000 Mann. Trotz der großen Gebietsverluste, die Deutschland erlitten hat, ist diese Zahl im Jahre 1922 auf 1 026 969, also um 35 Prozent, angewachsen. Dabei ist die Zahl der Gemeindefunktionäre, die mindestens auf 0,3 Millionen geschätzt werden muß, hierin noch nicht einbezogen. Schätzt man die Einwohnerzahl Deutschlands auf 60 Millionen und nimmt man an, daß die Zahl der Beamten unter 14 Jahren ein Drittel beträgt, so ist von den 40 Millionen über 14 Jahre alten Deutschen jede dritte Person in öffentlichen Diensten. Bezieht man die Berechnung allein auf die erwachsenen männlichen Personen, so ergibt sich, daß jede fünfte Person im Reichs- oder Staatsdienst steht. Der Beamtenapparat ist für das verleinerte Land ganz ohne Zweifel zu groß. Der Reichsbeamtenstand wird aber nicht behaftet durch die große Zahl der Beamten, sondern auch durch den öffentlichen Mangel in der personellen Organisation. So ist beispielsweise einwandfrei festgestellt, daß in manchen Stellen des öffentlichen Dienstes die Reichsbeamten drei bis viermal größer sind als in den Reichsbeamtenstellen.  
Der Schaden an den Gebieten der Polizei des Reiches, der Länder und der Kommunen läßt sich zum Himmel

### Umrechnungszahlen.

Reichslebenshaltungsindeks (3. 10.)	40 400 000.
Großhandelsindex (3. 10.)	81 500 000.
Silberanlaufpreis der Reichsbank (1. 10.)	15 000 000 (je 1 Mk.)
Goldwert eines 20-Mark-Stückes (3. 10.)	2018 1/2 Millionen.
Eine Goldmark (2. 10.)	= 108 571 Mark.
Buchhändlerlohnsteckzahl (2. 10.)	50 000 000.
Schiffschiff f. d. Buchdruckgewerbe (3. 10.)	3 600 000
Hotelbesitzer-Schiffschiffzahl (22. 8.)	30 000 000.

Es muß festgestellt werden, daß die Parlamente in der Bekämpfung all dieser Missetaten fast völlig versagt haben, teils aus Furcht vor der Straße, teils weil führende Parlamentarier auf Beamtenposten entlassen wurden und somit der Parlamentarismus selbst zum Opfer dieses Systems ist. Wenn in bestimmten Bewirtschaftungen heute der Parlamentarismus bis zu einem Grade durchsetzt ist, so ist kaum noch überleben werden kann, so hängt dies nicht an letzter Stelle mit der Unfähigkeit der Parlamente zusammen, auf diesen lebenswichtigen Gebieten Ordnung zu schaffen. Inwiefern sich dies nicht im letzten Augenblick aufheben und wieder in die alte Form zurückverwandeln läßt, kann ich der Weg frei für den Diktator — von innen oder von außen — dem zu tun obliegt, was sie nicht zu vollbringen vermochten.

### Aus Stadt und Umgebung Monatliche Miete im Voraus.

Der Haus- und Grundbesitzerverein der Stadt Merseburg hatte sich an den Magistrat gemeldet mit der Bitte um Aufwertung der Mieten für das letzte Vierteljahr. Das Gesuch ist unbeantwortet geblieben. An Stelle der Antwort ist ein Rundschreiben des Regierungspräsidenten ergangen, wonach ab 1. Oktober 1923

die Miete monatlich zu berechnen ist. Außerdem hat der Magistrat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, für Oktober den Zuschlag auf 1 036 000 Tache der 9 100 in der festgelegten Gleichzeitigkeit wurden die Verwaltungskosten auf 7 Prozent von den gesamten unzulängenden Betriebskosten einschließlich des Waffengebotes festgelegt.  
Zurück die monatliche Mieteleistung, die von dem Haus- und Grundbesitzer-Verein immer angefordert wurde, läßt sich die Miete der dauernd wachsenden Mietenwertverwertung weitgehend eintragen lassen. Wenn der Staatwert oder Auslagen für den Mieter haben soll, so ist die Erhebung eines Betriebsvorschlusses unbedingt erforderlich.  
Der letzten Verammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins wurde deshalb auch wiederholt die Erhebung verbodlicher Mieten bzw. Vorauszahlung von Mieten gefordert. Da sich diese Mieten bereit erklärt hätten, die Mieten im Voraus zu zahlen, wurde empfohlen von der Erhebung der Miete im 3. Vierteljahr abzusehen und dafür den Mietpreis für Oktober im Voraus zu erheben.

Auf Wunsch geben wir nachstehende Berechnungstabelle für die Oktobermiete in der Stadt Merseburg:

Jahresmiete:	10	Grundmiete:	8	Gr. Miete:	705 000
"	20	"	16	"	1 409 000
"	30	"	24	"	2 113 000
"	40	"	32	"	2 817 000
"	50	"	40	"	3 521 000
"	60	"	48	"	4 225 000
"	70	"	56	"	4 929 000
"	80	"	64	"	5 633 000
"	90	"	72	"	6 337 000
"	100	"	80	"	7 041 000
"	200	"	160	"	14 082 000
"	300	"	240	"	21 123 000
"	400	"	320	"	28 164 000
"	500	"	400	"	35 205 000
"	600	"	480	"	42 246 000
"	700	"	560	"	49 287 000
"	800	"	640	"	56 328 000
"	900	"	720	"	63 369 000
"	1000	"	800	"	70 410 000

Die Reichsbelegziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40-Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28 Millionen) beträgt somit 44,3 v. H.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich am 2. Oktober nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes um 84 Millionen gegenüber dem Stande vom 25. September (36,2 Millionen) um 193,2 Prozent gehoben. Von den Hauptgruppen freier Industriefabrikate um 162,5 v. H., die Lebensmittelfabrikate (Großhandel) um 99,9 v. H., die Einfuhrwaren freigelegt im gleichen Zeitraum um 148,8 v. H., und die Zinnswaren um 129,2 v. H. Die für den Durchschnitt des September berechnete Großhandelsindexziffer ergab das 93,9 Millionenfache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Vorjahr um 246,8 v. H. gehoben. Von den Hauptgruppen freigelegt die Einfuhrwaren um 234,3 v. H., die Zinnswaren um 244,8 v. H., die Lebensmittelfabrikate um 239,3 v. H., und die Industriefabrikate um 247,4 v. H.

Reichsindexzahl, nicht mehr anders. Die vom statistischen Reichsamte festgesetzte Zahl über die dringenden Lebenshaltungskosten, bisher Reichsindexziffer genannt, hat durch die Behörden eine zweifelhafte Beurteilung erfahren: Reichsindexzahl.

Misfakten für Kinder bis zu 2 Jahren (Zänglinge) und werdende Mütter. Ausgesprochen am 5. Oktober 1923, von 7 Uhr vormittags ab. Die Zänglinge als Auswiesener vollendet haben, erhalten keinen neuen Ausweis. Die neue Karte gilt vom Sonntag, dem 7. Oktober 1923, ab auf 46 Tage. Die Verordnung vom 18. August 1923, Nr. 215/23, über die Berechtigung der Zänglinge und werdenden Mütter ist in Kraft.

Unverantwortlicher Zeitgeist. Auf dem Dach des Grundstücks Nr. 15 mit allem Ansehen nach mit Reparaturarbeiten beschäftigt, ohne auf der Straße eine Warnungstafel: „Voricht, Dacharbeit!“ aufzustellen. Durch diese leichtfertige Handlungsweise konnte ein schwerer Unfall entstehen. Zwei hintereinander mehrere Radfahrer hardiert neben dem Bürgersteig nieder, wo sich 3. Et. eine größere Anzahl Passanten vor dem Rettungsanstreng der „Zeitiger Reueften Nachrichten“ angelammet hatte. In dem genannten Hause verhaftet, ließ sich aus die Klänge einer kaiserlichen Besatzung, welche mit den geltenden Bestimmungen über Dacharbeit vertraut sein mußte.

Fechter-Verein Merseburg. Als erste Sonderveranstaltung will der Verein seinen Mitgliedern am 16. und 17. Oktober tänzerisch-sportlicherer Gestaltung einer der erfolgreichsten derzeitigen künstlerischen Deutschlands, Frauenteilnieder Schewier-Berlin bieten. Aus den vielen angelegentlichkeiten Berliner Fechtervereine, die sich in Berlin im Jahre 1923 unter der Zangenerin, die sich in diesem Winter in Berlin zum ersten Male gezeigt haben, ist Hilde Schewier wohl die einzige, die interessant ist. Sie selbst was eine Zangenerin ausmacht: keine tänzerische Partizipation und ebenfalls tänzerisches Gesangs. Ihre Tange sind fast gegliedert und aufgegeben und die naturalistische oder grovaste Erziehung ist in tänzerische Bewegung aufgelöst. Daher ihre starke



